



Ausdruck von: FREIE WÄHLER (FREIE WÄHLER)

Bitte Senden Sie diesen Ausdruck unterschrieben per Fax an:

Bundeszentrale für politische Bildung

Martin Hetterich

0228 99 10 515 594

Das Dokument muss unverändert gefaxt werden!!

Nr	These	Ja	Neutral	Nein
1	Das Land soll den Ausbau von Fahrradwegen in den Kommunen finanziell fördern. Unsere Mobilität ist im Wandel. Klimaschutz, Gesundheitsbewusstsein und neue Bedarfsentwicklungen für individuelle Mobilität, vor allem in Ballungszentren, erfordern eine nachhaltige Finanzierbarkeit und eine zunehmende Ökologisierung des Verkehrs. Ein kluges und attraktives Radwegenetz ist Voraussetzung für deren Akzeptanz und Nutzung des Fahrrades im Alltag.	X		
2	Statt des Wabensystems soll im saarländischen ÖPNV ein Tarifsystem eingeführt werden, bei dem sich der Fahrpreis nach der Entfernung richtet. Das jetzige System ist ungerecht und führt u.a. zu teuren Tickets i. d. Randzonen. (Schülertickets) Wir brauchen bedarfsgerechte und bezahlbare Angebote. Hierzu bedarf es: - landesweiter Verkehrsverbund - ausreichend finanziert - bedarfsgerecht abgestimmt - für den Nutzer finanziell attraktiv Der ÖPNV der Zukunft ist hochflexibel, vernetzt Bus, Bahn und Car-Sharing-Angebote mit privaten Verkehrsmitteln wie Auto und Fahrrad und erschließt das Land bedarfsgerecht, einfach, bequem und preiswert.	X		
3	Der ÖPNV im Saarland soll nicht über den Verkauf von Fahrscheinen, sondern über eine Abgabe aller saarländischen Bürgerinnen und Bürger finanziert werden. Das ist in großen Teilen derzeit schon der Fall, weil der ÖPNV jetzt schon hochsubventioniert ist. Wir brauchen bedarfsgerechte und bezahlbare Angebote. Hierzu bedarf es: - landesweiter Verkehrsverbund - ausreichend finanziert - bedarfsgerecht abgestimmt - für den Nutzer finanziell attraktiv Der ÖPNV der Zukunft ist hochflexibel, vernetzt Bus, Bahn und Car-Sharing-Angebote Auto und Fahrrad und erschließt das Land bedarfsgerecht, einfach, bequem und preiswert.		X	
Nr	These	Ja	Neutral	Nein



Nr	These	Ja	Neutral	Nein
4	Das Land soll sich dafür einsetzen, dass die Anbindung des Saarlandes an den Fernverkehr der Bahn ausgebaut wird. Die Anbindung an die Rhein-Metropolregionen sind äußerst schlecht. Verbindungen in die Metropolregion Rhein-Ruhr und weiter in den Benelux-Raum sind vom Fernverkehr abgeschnitten und nur mit Regionalzügen bzw. dem Fernbus möglich. Wir brauchen zwingend eine verbesserte und dauerhafte Anbindung an den bundesweiten und auch internationalen Fernverkehr, verbunden mit kluger tariflicher Kopplung und intelligenter Abstimmung an den Nahverkehr. Hierfür setzen sich die FREIEN WÄHLER ein.	X		
5	Das Land soll den Ausbau von Park-and-ride-Parkplätzen finanziell fördern. Nach unseren Vorstellungen ist der ÖPNV der Zukunft hochflexibel, vernetzt Bus, Bahn und Car-Sharing-Angebote mit privaten Verkehrsmitteln wie Auto und Fahrrad und erschließt das Land bedarfsgerecht, einfach, bequem und preiswert. Hierzu bedarf es u.a. auch der Möglichkeit, Fahrzeuge in attraktiver Nähe zu öffentlichen Verkehrsmitteln abstellen zu können.	X		
17	6 Die Saarbrücker Stadtautobahn soll in einen Tunnel verlegt werden. Auch wenn es sich bei erster Betrachtung grundsätzlich um ein attraktives Projekt zu handeln scheint, ist es bei der aktuellen Haushaltslage nicht finanzierbar. Mit den Steuermitteln der Bürgerinnen und Bürger muss sorgsam umgegangen werden; es gibt dringendere Probleme in unserem Land als ein erneutes Prestige-Projekt. Der Abbau des generellen Investitionsstaus der Bestandsinfrastruktur und Investitionen in Primärinfrastruktur muss im Vordergrund stehen.			X
34	7 Auf dem heutigen Gebiet der "Landschaft der Industriekultur Nord" soll kein Gewerbe angesiedelt werden. [Keine Begründung hinterlegt]	X		
13	8 Das Land soll stärker in den Saarbrücker Flughafen investieren. Ein eigener Flughafen ist durchaus sinnvoll und der derzeitige Flughafen wird erfreulicher Weise auch gut genutzt. Dennoch sind die Möglichkeiten zum Ausbau aufgrund der geographischen Gegebenheiten sehr eingeschränkt. Ein Ausbau mit Steuergeldern ist aus unserer Sicht nicht zielführend; private Investoren sind herzlich willkommen.			X
9	Das Saarland soll dem Betreiber des französischen Kernkraftwerks Cattenom finanzielle Anreize zu dessen Abschaltung bieten. Eine Abschaltung wäre mehr als wünschenswert, dennoch ist die These abwegig. Bei der HH-Lage des Saarlandes ist auch kein Betrag erkennbar, der auch nur im Ansatz einen Anreiz darstellen könnte. Darüber hinaus gibt es große Handlungsbedarfe im eigenen Land, die jetzt schon nicht finanziert werden können. Hier ist die Bundesregierung gefordert, mit Frankreich zu verhandeln.			X
5	10 Im Saarland sollen keine weiteren Flächen für Windkraftanlagen ausgewiesen werden. Eine regionale, effiziente und für alle bezahlbare Energieversorgung sowie nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen sind die zentralen Zukunftsaufgaben für unsere Gesellschaft. Dennoch sollen Windkraft- und Photovoltaikanlagen an geeigneten Standorten konzentriert werden, um ein weiteres Zerreißen gewohnter Landschaftsbilder zu vermeiden. Wir FREIEN WÄHLER wollen Bürger und Kommunen bei Planung und Umsetzung der Energiewende einbinden, damit die Energieerzeugung auch ein lokaler Wirtschaftsfaktor wird.			X
Nr	These	Ja	Neutral	Nein



Nr	These	Ja	Neutral	Nein
36	11 Im Saarland sollen weiterhin Kohlekraftwerke betrieben werden dürfen.	X		
	Zur Deckung des prognostizierten Energiekonsums sind weiterhin ausreichende Erzeugungskapazitäten notwendig. Ausschlaggebend sind belastbare Netzstabilität-Regelungsmechanismen, die auch dann die Versorgungssicherheit gewährleisten, wenn sich Einspeisungen in und Entnahmen aus dem Netz nicht die Waage halten. Dennoch müssen Kraftwerke auf dem derzeitigen Stand der Technik betrieben werden um die Belastung der Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten.			
	12 In saarländischen Städten soll eine Mietpreisbremse gelten.	X		
	Wohnraum muss bezahlbar bleiben und darf nicht zum reinen Spekulationsobjekt verkommen. Darüber hinaus existiert hierzu bereits ein Bundesgesetz (§556 ff BGB), welches den Ländern nur sehr eingeschränkten Spielraum gewährt. Das Land muss die Wohnungssituation mit Schaffung von Sozialwohnungen entspannen.			
	13 Im Saarland sollen die rechtlichen Mindeststandards für Mietwohnungen erhöht werden.		X	
	[Keine Begründung hinterlegt]			
	14 Das Grubenwasser in den Stollen der ehemaligen Bergwerke soll weiterhin abgepumpt werden.	X		
	In den Stollen wurden große Mengen an Gefahrstoffen eingelagert/zurückgelassen. Erschreckender Weise sind die Verantwortlichen nicht in der Lage, deren Menge und genauen Standorte zu benennen. Diese Stoffe drohen das Grundwasser zu verunreinigen. Wichtigstes Ziel ist der Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger, hierfür muss alles Mögliche getan werden. Bestehende Verpflichtungen des Betreibers sind deshalb einzuhalten und auch die Kosten durch ihn zu tragen.			
	15 Das Saarland soll sich dafür einsetzen, dass das Waffenrecht verschärft wird.			X
	Deutschland hat bereits eines der schärfsten Waffenrechte. Auch eine Verschärfung des Waffenrechts kann nicht verhindern, dass mit illegal erworbenen Waffen Straftaten begangen werden. Die legal erworbenen Waffen im Saarland stellen keine Bedrohung dar. Bedarf gibt es eher bei der Eindämmung von illegalen Waffengeschäften.			
20	16 Deutsche sollen bei der Vergabe von Sozialwohnungen bevorzugt werden.	X		
	Integration kann nur gelingen, wenn der soziale Frieden gewahrt wird. Einheimische Bedürftige in schlechter Wohnsituation fühlen sich durch die Anwendung der Flüchtlingswohnraumprogramme benachteiligt. Deshalb sind Investitionen in den sozialen Wohnungsbau unabdingbar. Hierbei besteht durchaus auch die Möglichkeit, neu geschaffenen, bzw. sanierten Wohnraum an einheimische Bedürftige vorrangig zu vergeben und den freigewordenen Wohnraum für bedürftige Flüchtlingen zu nutzen.			
32	17 Flüchtlinge sollen eine Gesundheitskarte für den direkten Zugang zur medizinischen Versorgung erhalten.			X
	In unserer Obhut befindliche Bedürftige müssen bei Bedarf adäquat medizinisch versorgt werden. Auch muss sich der Verwaltungsaufwand in vertretbarem Rahmen bewegen. Hierzu bedarf es nach unserer Auffassung nicht zwingend einer Gesundheitskarte. Auch unsere Soldaten verfügen über keine Gesundheitskarte mit direktem Zugang zu allen medizinischen Leistungen; sie sind an die truppenärztliche Versorgung gebunden. Darüber könnte dies einen zusätzlichen Anreiz für Missbrauch des Asylrechtes darstellen.			
Nr	These	Ja	Neutral	Nein



Nr	These	Ja	Neutral	Nein
18	Die saarländischen Krankenhäuser sollen sich stärker innerhalb von Verbänden auf einzelne Fachrichtungen spezialisieren. Durch eine solide und verlässliche Finanzierung wollen wir den Erhalt und Ausbau kommunaler Krankenhäuser als elementaren Bestandteil der Daseinsvorsorge in erreichbarer, wohnortnaher Entfernung sichern und die Vielfalt der Versorgung bewahren. Hierzu bedarf es bei allen Akteuren eines hohen Maßes an Effektivität und Effizienz. Die Spezialisierung auf einzelne Fachrichtung in Verbänden könnte ein Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und zur Reduzierung der Kosten sein.	X		
19	Das Land soll die medizinische Versorgung über Internet und Telefon ("Telemedizin") fördern. Wir FREIEN WÄHLER wollen eine wohnortnahe und flächendeckende Gesundheitsversorgung im ganzen Saarland erhalten. Ländliche Regionen müssen gezielt gestärkt werden, damit kein Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land entsteht. Eine Versorgungslücke kann nur in Zusammenarbeit mit freiberuflichen sowie niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Apothekern und Therapeuten verhindert werden. Telemedizin könnte eine sinnvolle Ergänzung hierzu darstellen, jedoch nicht den Arzt vor Ort ersetzen.	X		
20	Das Saarland soll sich dafür einsetzen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in der gesetzlichen Krankenkasse versichern müssen. [Keine Begründung hinterlegt]			X
21	Die Berufsausbildungen zur Kranken- und Altenpflegekraft sollen zusammengeführt werden. Unumstritten gibt es gute Argumente für die Zusammenlegung der Ausbildung; der Anteil an älteren Patienten in Krankenhäusern nimmt zu und viele Pflegebedürftige im Alter sind auch krank. Ob die Zusammenlegung der Ausbildungsberufe alleine den Nachwuchsmangel beheben kann, darf bezweifelt werden. Der Beruf muss insgesamt attraktiver werden und auch besser entlohnt werden.	X		
7 22	Das Saarland soll sich dafür einsetzen, dass alle in Deutschland Lebenden ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. [Keine Begründung hinterlegt]			X
23	Das Saarland soll sich dafür einsetzen, dass Erziehungszeiten in vollem Umfang auf die Rente angerechnet werden. Kinder sind unsere Zukunft.	X		
28 24	Der Betrieb kommunaler Schwimmbäder soll durch Landesmittel sichergestellt werden. Allerdings muss mit Augenmerk darauf geachtet werden, dass hier Aufwand und Nutzen in vertretbarem Aufwand bleiben.	X		
35 25	Die Möglichkeit, im Saarland Bordelle zu eröffnen, soll rechtlich stärker eingeschränkt werden. [Keine Begründung hinterlegt]	X		
26	Die Möglichkeit, im Saarland Spielhallen zu eröffnen, soll rechtlich stärker eingeschränkt werden. Suchtproblematik.	X		
27	Mehr Ehrenamtliche sollen eine Ehrenamtskarte für Vergünstigungen (z.B. Eintritt in kulturelle Einrichtungen) erhalten. Im Saarland gibt es eine Vielzahl von Menschen, die in ihrer Freizeit ein Ehrenamt ausüben und dabei Enormes leisten. Oft werden von ehrenamtlich Tätigen wichtige Aufgaben erfüllt, welche eigentlich der Staat durch Beschäftigung von hauptberuflichem Personal erfüllen und damit auch bezahlen müsste. Das Ehrenamt ist ein unverzichtbares soziales Bindeglied der Gesellschaft und muss entsprechende Anerkennung und auch Förderung erfahren.	X		
Nr	These	Ja	Neutral	Nein



Nr	These	Ja	Neutral	Nein
	28 Der Eintritt in die Landesmuseen soll für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende kostenfrei sein.	X		
	Investition in die Bildung mit hohem Zukunftsertrag.			
3	29 Das Tanzverbot an "stillen Tagen" (z.B. Karfreitag, Volkstrauertag) soll beibehalten werden.	X		
	[Keine Begründung hinterlegt]			
	30 Muslimische Lehrerinnen sollen an saarländischen Schulen Kopftücher tragen dürfen.			X
	Das Tragen von Kopftüchern als Symbol geschlechterspezifischer Unterdrückung lehnen wir ab.			
18	31 In öffentlichen Gebäuden sollen weiterhin christliche Symbole (z.B. Kreuz) angebracht werden dürfen.	X		
	Die vielen auf Dauer aufgenommenen Menschen müssen alleine schon aus eigenen Sicherheitsinteressen bestmöglich integriert werden. Dies bedeutet aus Sicht der FREIEN WÄHLER jedoch keinesfalls die Aufgabe von eigenen Werten und Normen oder der eigenen Kultur, welche bewahrt und für nachfolgende Generationen gesichert werden sollen. Nicht zuletzt ist es diesen doch zu verdanken, dass unser Land für viele Menschen auf der Welt so attraktiv geworden ist!			
	32 Die Vollverschleierung im öffentlichen Raum soll verboten werden.	X		
	Nicht zuletzt aus eigenem Interesse muss es unserer Gesellschaft gelingen, die auf Dauer aufgenommenen Menschen bestmöglich zu integrieren. Dies bedeutet aus Sicht der FREIEN WÄHLER jedoch keinesfalls die Aufgabe von eigenen Werten und Normen oder der eigenen Kultur. Nicht zuletzt ist es diesen doch zu verdanken, dass unser Land für viele Menschen auf der Welt so attraktiv geworden ist!			
37	33 Der Anbau von Cannabis zum eigenen Bedarf soll legalisiert werden.			X
	Für Kranke mit medizinischer Indikation muss es einen bezahlbaren Zugang geben. für Jugendliche jedoch hat der Konsum von Cannabis verherende gesundheitliche Auswirkungen auf die Entwicklung. Legalisiert man den Anbau zum Eigenbedarf, verliert man jegliche Kontrolle. Kriminalisierung ist jedoch der falsche Weg!			
	34 Alle Einnahmen aus der Gewerbesteuer sollen bei den Städten und Gemeinden bleiben.	X		
	Um Transparenz in Steueraufkommen und Verbrauch zu bringen und um den Bürger damit sichtbar zu machen, wo seine kommunalen Steuern zu welchen Leistungen führen			
11	35 Im Saarland soll die Grunderwerbssteuer wieder gesenkt werden.	X		
	[Keine Begründung hinterlegt]			
	36 Das Saarland soll sich dafür einsetzen, dass der Mindestlohn auch bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen von Beginn an gilt.		X	
	[Keine Begründung hinterlegt]			
	37 Wer eine Meisterprüfung besteht, soll vom Land einen finanziellen Bonus erhalten.	X		
	Er stellt einen Qualifizierungsanreiz dar, der sich für den Wirtschaftsstandort Saarland positiv auszahlt.			
	38 Für die Einstellung von Menschen mit Behinderung sollen Unternehmen vom Land stärker finanziell unterstützt werden.	X		
	Damit wird ein Anreiz geschaffen, Menschen mit Behinderung eine berufliche Chance zu geben. Ohne Arbeit fehlt oft der Sinn im Leben und das Selbstwertgefühl leidet. Diesen zu begegnen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Darüber hinaus ist eine Förderung kostengünstiger als eine vollständige Abdeckung über Sozialleistungen.			
Nr	These	Ja	Neutral	Nein



Nr	These	Ja	Neutral	Nein
19	39 Für das Leitungspersonal in den saarländischen Ministerien soll eine feste Frauenquote gelten. Nach unserer Auffassung hat die Personalauswahl nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung zu erfolgen und nicht nach einer Quotenregelung. Dies trifft auch auf die Auswahl für das Leitungspersonal in den saarländischen Ministerien zu.			X
	40 Die verpflichtende Mitgliedschaft aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Arbeitskammer des Saarlandes soll abgeschafft werden. [Keine Begründung hinterlegt]		X	
	41 Im Saarland soll die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage verringert werden. Der Sonntag soll nicht aufgeweicht werden. Freie Tage mit Konzentration auf Familie und Erholung haben Ihre Berechtigung nicht verloren.	X		
1	42 Im Saarland sollen Geschäfte ihre Öffnungszeiten an Werktagen frei festlegen dürfen. Die unreglementierte Ausdehnung der Öffnungszeiten benachteiligt eklatant die kleinen Betriebe und gefährdet deren Existenz.			X
30	43 Ökologische Landwirtschaft soll bei der staatlichen Förderung Vorrang vor konventioneller Landwirtschaft haben. Schutz von Lebensraum Verringerung der Trinkwasserbelastung mit Düngemitteln, Herbiziden und Insektiziden. Förderung gesunder Lebensmittel.	X		
	44 In der Industriepolitik des Saarlandes sollen Zukunftstechnologien (z.B. "künstliche Intelligenz") Priorität haben. [Keine Begründung hinterlegt]	X		
	45 Das Saarland soll sich gegen weitere Umweltauflagen für die Stahlindustrie einsetzen. [Keine Begründung hinterlegt]	X		
	46 Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen sollen Umweltkriterien stärker berücksichtigt werden. [Keine Begründung hinterlegt]		X	
31	47 Kitaplätze sollen für alle Kinder ab null Jahren gebührenfrei sein. Kinder sind unsere Zukunft!	X		
	48 Mehr Erzieher und Erzieherinnen sollen an Hochschulen ausgebildet werden. [Keine Begründung hinterlegt]		X	
	49 Im Saarland soll ein verpflichtendes Vorschuljahr eingeführt werden. Jedes Kind muss in der Schule ausreichend Deutsch sprechen, damit alle dem Unterricht folgen können. Wir FREIEN WÄHLER fordern eine verbindliche Vorschule mit dem Schwerpunkt der Spracherziehung.	X		
22	50 Grundschullehrerinnen und -lehrer sollen beim Einstiegsgehalt den Lehrerinnen und Lehrern anderer Schulformen gleichgestellt werden. Bildung ist die Grundlage einer modernen Gesellschaft und verschafft den Zugang zu Arbeit und Wohlstand. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher ein optimales Bildungssystem mit größtmöglicher Chancengerechtigkeit. Unser Ziel: Chancen für alle Kinder, unabhängig derer sozialen Herkunft. Alle Lehrer haben hierbei enormes zu leisten und müssen hohen Qualitätsanforderungen entsprechen. Diese Leistung gilt es entsprechend zu entlohnen.	X		
Nr	These	Ja	Neutral	Nein



Nr	These	Ja	Neutral	Nein
2	51 An Grundschulen im Saarland soll Französischunterricht ab der ersten Klasse flächendeckend angeboten werden. [Keine Begründung hinterlegt]	X		
9	52 An Gymnasien soll das Abitur wieder nach neun Jahren abgelegt werden können. Wir FREIEN WÄHLER fordern ein optimales Bildungssystem mit größtmöglicher Chancengerechtigkeit. Die Schule soll nicht nur Wissen und Können, sondern auch Herz und Charakter bilden. Wir wollen unseren Kindern eine kulturelle Heimat und klare ethische Maßstäbe fürs Leben mitgeben. Unsere Gesellschaft braucht selbständig denkende, kritische aber auch engagierte junge Menschen, die bereit und in der Lage sind, Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen.	X		
	53 Im Saarland soll es in jedem Landkreis mehrere Schulen mit verpflichtendem Ganztagsunterricht geben. Die Erziehung und Sorge ihrer Kinder sind das natürliche Recht und die Pflicht von Eltern/Sorgeberechtigten. Sie müssen i.R.d. Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können. Der Staat soll Mütter, Väter und Sorgeberechtigte bei der Kindererziehung unterstützen. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf fordern die FREIEN WÄHLER den konsequenten Ausbau von Kita- und Ganztagsschulangeboten, sind aber der Auffassung, dass es ein freiwilliges Angebot bleiben soll.			X
26	54 Alle Kinder mit und ohne Behinderungen sollen gemeinsam unterrichtet werden. Statt die Schulklassen deutlich zu verkleinern und das pädagogische Personal um sonderpädagogisches, pflegerisches und psychologisches zu ergänzen, läuft das hiesige Inklusionsmodell auf das Einpassen in das bestehende System bis an die Grenzen des Zumutbaren für alle Beteiligten hinaus. Inklusionsorientierte Bildungspolitik kostet Geld. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher, dass entweder mehr Geld in den inklusionsbedingten Umbau investiert wird oder aber die Rückkehr zur Förderschule.			X
	55 Alle Förderschulen sollen erhalten bleiben. Weil den Betroffenen nur dort die notwendige Förderung zuteil wird.	X		
29	56 An saarländischen Schulen soll kein islamischer Religionsunterricht angeboten werden. Ein flächendeckendes Angebot von islamischem Religionsunterricht in unseren Schulen zur unverfälschten Aufklärung gegen verfehlte Hassbotschaften der Dschihadisten ist allein aus eigenen Sicherheitsinteressen unverzichtbar. Hierzu sind aus Sicht der FREIEN WÄHLER ausschließlich Lehrer einzusetzen, welche an europäischen Hochschulen ausgebildet wurden und europäische Staatsbürger sind. Der Unterricht hat in deutscher Sprache zu erfolgen.			X
	57 Die Schulen sollen nur das traditionelle Familienbild (Vater, Mutter, Kinder) vermitteln. [Keine Begründung hinterlegt]	X		
16	58 Die geisteswissenschaftlichen Fächer an der Universität des Saarlandes sollen mehr Landesmittel erhalten. Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Universitäten und Hochschulen auch der Bildung von Persönlichkeit und eigenständiger Urteilskraft Platz einräumen und Muße für zweckfreies Denken erlauben. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Modularisierung (Bologna-Prozess) überdenken. Denn die Gesellschaft braucht nicht nur Absolventen, sondern Persönlichkeiten die in der Lage sind, Führungsfunktionen auch im Lichte der damit verbundenen Verantwortung ausüben zu können.	X		
Nr	These	Ja	Neutral	Nein



Nr	These	Ja	Neutral	Nein
33	59 Die Hochschulen des Landes sollen stärker mit der Wirtschaft kooperieren. Von einer stärkeren Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft können beide Seiten voneinander profitieren. Hochschulen ermöglicht es einen nahen Realitätsbezug und die Wirtschaft partizipiert vom hohen wissenschaftlichen Potential. Letztendlich profitiert damit der Wirtschaftsstandort Saarland und damit auch die Bürgerinnen und Bürger des Landes. Die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Universität muss dabei auf jeden Fall gewahrt bleiben.	X		
12	60 Das Saarland soll sich dafür einsetzen, dass gleichgeschlechtliche Paare gemeinsam Kinder adoptieren dürfen. [Keine Begründung hinterlegt]			X
24	61 Das Land soll Jugendbeiräten ein eigenes Budget zur Verfügung stellen. Die Bürger müssen die zentralen Gestalter der Politik werden. Wir FREIEN WÄHLER stehen daher für den massiven Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in der Politik. Politik lebt von dem Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Die Einbeziehung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Entscheidungen und Prozessen ist demnach sehr begrüßenswert und förderungswürdig.	X		
	62 Alle Asylberechtigten im Saarland sollen ihren ständigen Wohnsitz landesweit frei wählen dürfen. Zur Unterbringung wurden im Rahmen des dringenden Sofortbedarfs durch die Kommunen Wohnraum, z.T. über den Zeitraum von 10-Jahren, angemietet (Flüchtlingswohnraumprogramm) bzw. Investitionen in eigenen Wohnraum getätigt. Eine uneingeschränkte Wohnsitzwahl würde nicht nur die mit dem Zuweisungsschlüssel beabsichtigte Vermeidung von Ghettobildungen ad absurdum führen, sie birgt auch die Gefahr, dass langfristig angemieteter Wohnraum leer stehen bleibt und Unterbringung doppelt finanziert würde.			X
	63 Asylsuchende sollen verstärkt Geld statt Sachleistungen erhalten. Wir FREIEN WÄHLER vertreten den gegenteiligen Standpunkt und fordern mehr Sachleistungen statt Geld, auch als präventive Maßnahme vor Missbrauch und Vermeidung von zusätzlichen Anreizen.			X
23	64 Im Härtefall soll es auch künftig Ausnahmen bei der Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern und Asylbewerberinnen geben. Einer generellen Abschaffung der Härtefallregelung kann nicht zugestimmt werden, allerdings ist die derzeitige Summe der Ausnahmebegründungen deutlich Überdenkens wert.		X	
10	65 Alle dauerhaft im Saarland wohnenden Ausländerinnen und Ausländer sollen an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER gibt es bei der Definition zur Wahlberechtigung keinen Handlungsbedarf.			X
14	66 Im saarländischen Polizeidienst sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten. Jeder deutsche Staatsbürger soll für den Polizeidienst gleiche Einstellungschancen haben, solange er die Einstellungsvoraussetzungen erfüllt. Weder Geschlecht, noch ethnische Zugehörigkeit dürfen eine Rolle spielen. Gleichheitsgrundsatz für alle ... keine Quotenpolizei.			X
Nr	These	Ja	Neutral	Nein



Nr	These	Ja	Neutral	Nein
4	67 Das Saarland soll Projekte zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern fördern. Nicht zuletzt aus eigenem Sicherheits-Interesse muss es unserer Gesellschaft gelingen, die auf Dauer aufgenommenen Menschen bestmöglich zu integrieren. Dies bedeutet aus Sicht der FREIEN WÄHLER jedoch keinesfalls die Aufgabe von eigenen Werten und Normen oder der eigenen Kultur. Nicht zuletzt ist es diesen doch zu verdanken, dass unser Land für viele Menschen auf der Welt so attraktiv geworden ist!	X		
25	68 Bei der Verfolgung von schweren Straftaten sollen die Datenschutzrechte der Bürger stärker eingeschränkt werden können. Der Schutz der Persönlichkeit ist ein hohes Gut und unterliegt zu Recht strengsten Regeln. Die Hürden zur Einschränkung sind sehr hoch und unterliegen richterlicher Kontrolle. Allerdings darf die Abwägung individueller Datenschutzrechte und effektiver Strafverfolgung nicht zu Lasten gesellschaftlicher Sicherheitsinteressen ausfallen. Nach wie vor bedarf es jedoch einer gesetzlichen Grundlage und entsprechender demokratischer Kontrollmechanismen.	X		
	69 Der Polizeiliche Ordnungsdienst ("Hilfspolizei") im Saarland soll erhalten bleiben. Der Einsatz von polizeilichem Ordnungsdienst als schnelle Reaktion auf kurzfristigen Bedarf war begrüßenswert. Dennoch kann der polizeiliche Ordnungsdienst keine Polizeikräfte ersetzen und ist somit keine adäquate Antwort auf den herrschenden Personalmangel bei der saarländischen Polizei.		X	
	70 In den kommenden Jahren sollen zusätzliche Stellen im Justizvollzug eingerichtet werden. Wir FREIEN WÄHLER fordern die personelle und finanzielle Stärkung von Polizei und Justiz, damit diese ihre Aufgaben auch Erfüllen können und Recht und Ordnung in unserem Land durchsetzbar bleiben. Wenn diese Maßnahmen greifen, wird der Aufwand im Justizvollzug steigen. Um im Justizvollzug nicht auch das Personal auf Verschleiß zu fahren, bedarf es konsequenter Weise auch zusätzlicher Stellen.	X		
8	71 Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgeweitet werden. Videoüberwachung verhindert keine Straftaten, fördert jedoch die Aufklärungschancen.		X	
	72 Bei Großeinsätzen sollen saarländische Polizistinnen und Polizisten eine sichtbare individuelle Kennung tragen müssen. Aus Transparenzgründen	X		
	73 Im ländlichen Raum soll es wieder mehr Polizeidienststellen geben. Wir FREIEN WÄHLER sehen Sicherheit und Freiheit als Grundbedürfnisse aller Menschen an - und damit als erklärtes Ziel staatlichen Handelns. Um dies ermöglichen zu können braucht es gut ausgestattete Sicherheitskräfte, auch im ländlichen Raum. Sie garantieren dem Staat und seinen Bürgern Schutz und verdienen dafür ausreichende Personalausstattung, leistungsbezogene Bezahlung, gute Aufstiegsmöglichkeiten, ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen sowie eine optimale Sachmittelausrüstung.	X		
	74 Für die Verfolgung von Straftaten im Internet sollen mehr speziell ausgebildete Polizeibeamte eingestellt werden. Cyberkriminalität ist eine unserer größten Herausforderungen der Zukunft, insbesondere vor dem Hintergrund, dass inzwischen fast sämtliche Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge an Netzwerke angebunden und somit potentiell gefährdet sind.	X		
Nr	These	Ja	Neutral	Nein



Nr	These	Ja	Neutral	Nein
21	75 Bei Landtagswahlen soll das Wahlalter abgesenkt werden. [Keine Begründung hinterlegt]			X
6	76 Die Hürden für Volksbegehren sollen gesenkt werden. Die Bürger müssen die zentralen Gestalter der Politik werden. Wir FREIEN WÄHLER stehen daher für den massiven Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in der Politik. Politik lebt von dem Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Wir sind nicht nur davon überzeugt, dass mehr direkte Demokratie zu besseren politischen Entscheidungen führen wird sondern auch dass unsere Bürger entgegen anderslautender Positionen dieser wichtigen Verantwortung durchaus auch gerecht werden.	X		
38	77 Die Fünfprozenthürde bei Landtagswahlen soll beibehalten werden. Diese Hürde ist aus Sicht der Freien Wähler demokratiefeindlich.			X
15	78 Die Anzahl der Landkreise im Saarland soll verringert werden. In Bezug auf Fläche und Einwohnerzahl ist die Verwaltungsorganisation des Saarlandes deutlich zu groß und bietet erhebliches Einsparpotential, welches zur Stärkung der Kommunen und deren notwendigen Investitionen genutzt werden könnte. Aus unserer Sicht könnten alle Landkreise abgeschafft, deren Aufgaben je nach Zugehörigkeit auf Gemeinden/Gemeindeverbände sowie Landesregierung übertragen werden.	X		
	79 Das Saarland soll sich dafür einsetzen, dass Terroristinnen und Terroristen mit doppelter Staatsangehörigkeit der deutsche Pass entzogen werden kann. Unter Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze!	X		
27	80 Projekte gegen Rechtsextremismus sollen vom Land weiterhin gefördert werden. Eine offene und tolerante Gesellschaft zu sein bedeutet aus unserer Sicht keineswegs die Aufgabe eigener Werte und Normen oder der eigenen Kultur. Dennoch lehnen wir jegliche Form von Extremismus (rechts-, links- oder religiös motiviert) ab und fordern die intensive Förderung von Projekten gegen Extremismus. Neben gut funktionierenden, vernetzten Sicherheitsorganen ist eine vernünftige Integrationspolitik die wirksamste Präventivmaßnahme zur Wahrung von Sicherheit.	X		
Nr	These	Ja	Neutral	Nein



Bitte Senden Sie diesen Ausdruck unterschrieben per Fax an:

Bundeszentrale für politische Bildung

Martin Hetterich

0228 99 10 515 594

Das Dokument muss unverändert gefaxt werden!!

Check-Summen:

080-049-009-022-1F9182F2C79952A8D40533C1AFBE388A

DA2CEB0DA083C531CDDCFC1D3507911D - C3535858D03907333D6CD6231463E9CE

Bitte machen Sie noch Angaben über folgende Stichpunkte zu Ihrer Partei / politischen Vereinigung:

Gründungsjahr Landesverband:

Mitgliederzahl im Saarland:

Landesvorsitz:

Partei:

Ansprechpartner:

Funktion:

Tel:

E-Mail:

Straße, Nr:

Plz, Ort:

Unterschrift / Stempel:

Datum, Ort:

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit der Angaben und gestatte, dass diese veröffentlicht werden dürfen.

Login/Account von: FREIE WÄHLER (FREIE WÄHLER)

PDF-Datum: 19.01.2017 01:32:14



File: 10-C3535858D03907333D6CD6231463E9CE_223_2017_01_19_01_32_14.pdf